

Was gab Recht zum Unrecht?

Der Kanton lässt in einer Forschungsarbeit die **Vergangenheit der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen** aufarbeiten. Die Grundlagen zum Recht und zu den Fällen vom 19. bis 21. Jahrhundert sollen eine **Beurteilung der Ereignisse** ermöglichen.



Für sie nicht der erste Auftrag dieser Art: **Projektleiterin Tanja Rietmann** beim Aktenstudium im **Staatsarchiv Graubünden** in Chur. (FOTO YANIK BÜRKL)

► LUZI BÜRKL

S

Sie ist Urnerin, 40 Jahre alt, hat Geschichte und Soziologie studiert und im Rahmen ihrer Dissertation für den Kanton Bern die erstmalige Praxis von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen bei administrativen Anstaltsversorgungen aufgearbeitet. Nun steht Tanja Rietmann im Auftrag des Kantons Graubünden. Im Juli hatte die Bündner Regierung den Forschungsauftrag für die Erarbeitung einer wissenschaftlichen Studie zum gleichen Thema an das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung der Uni Bern vergeben, deren interimistische Co-Leiterin Tanja Rietmann ist. Das Ziel der Studie: Es sollen Grundlagen zusammengetragen werden, die eine Beurteilung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen im Kanton Graubünden schwerpunktmässig im 20. Jahrhundert ermöglichen. Es ist ein unrühmliches Kapitel nicht nur Bündner, sondern der Schweizer Geschichte, dem sich seit wenigen Jahren vermehrt auch die Kantone und der Bund annehmen. Die Studie soll insbesondere den rechtlichen Rahmen für die einstigen Zwangsmassnahmen der Verwaltungsbehörden im Sozial- und Gesundheitsbereich aufzeigen. Es

steht die Frage im Zentrum, auf welche rechtliche Basis sich die Behörden bei der administrativen Versorgung, also bei der Einweisung von Personen aus ökonomischen oder moralischen Gründen in geschlossene Anstalten, bei Fremdplatzierungen von Minderjährigen in Heimen oder Pflegefamilien, bei Zwangsadoptionen und bei Zwangssterilisationen abstützten. Zudem soll geklärt werden, welche Behörden die Massnahmen vollzogen und wie dabei zusammengearbeitet wurde. Im Weiteren beinhaltet der Auftrag eine «quantitative Analyse», die Aufschluss über die Zahl der Fälle geben soll. Letztlich sollen die Akten detailliert im Bericht aufgelistet werden.

Umfangreiches Aktenstudium

Viel Arbeit für Tanja Rietmann als Projektleiterin in einem kleinen Team mit Historikerin und Archivarin Graziella Borrelli. Auch wenn die erste Etappe, das Aktenstudium im Staatsarchiv zu den kantonalen Gesetzesgrundlagen, geschafft ist. «Jetzt gehen wir hinaus in den Kanton», sagt Rietmann. In Archiven von Kreisen und Gemeinden sollen Unterlagen zum Themenkreis der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen untersucht werden. Ein Schreiben mit der Bitte um Einreichung von Listen eigener Akten zum Thema wird in diesen Tagen an die Behörden in Kreisen und Bezirken versandt. «Die Herausforderung besteht darin, gezielt an die relevanten

Akten herangehen zu können. Wir können nicht die Geschichte des ganzen Fürsorgewesens dieser Zeit aufarbeiten», erklärt Rietmann. Dafür bliebe auch keine Zeit: Bereits in einem Jahr soll der Bericht an den Kanton erstellt sein.

Keine Interviews mit Betroffenen

Nicht Teil der Studie ist der Einbezug von Betroffenen mit einer Oral-History-Forschung durch mündliche Befragungen. Ein Forschungsprojekt mit Zeitzeugen wurde im November vom Frauenkulturarchiv Graubünden lanciert. Das Projekt mit dem Titel «versorgt» soll Betroffenen eine Stimme geben. Stimmen, die der Kanton lieber ausklammert? Rietmann verneint. Die Studie sei keineswegs ein Auftrag zur Legitimation einstmalig begangenen Unrechtes. «Es ist unerlässlich, dass man zur Beurteilung der Ereignisse den rechtlichen Rahmen kennt», sagt sie. Auch soll nachvollzogen werden können, auf welchen gesellschaftlichen und moralischen Hintergrund Erlasse wie die Bündner Armenordnung von 1857 und das kantonale Versorgungsgesetz von 1920 zurückzuführen sind. «Wir wollen das Geschehene in einen grösseren Zusammenhang stellen», erklärt Rietmann, «es geht nicht um eine Schuldzuweisung an Einzelne. Sondern wir möchten zeigen, welche Handlungsspielräume die Behörden damals nutzten.»

Besonders interessieren dürfte die Frage, wie viele Menschen im

Kanton Graubünden Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen geworden sind. Rietmann rechnet damit, zumindest bei den administrativen Versorgungen eine Antwort darauf geben zu können. So war die Justizvollzugsanstalt Realta bei Cazis einst eine Anstalt für «Liederliche, Arbeitsscheue und psychisch Kranke». «Es war ein von Behörden genutztes Sammelbecken für verschiedenste Personen, die krank oder alt waren oder einfach nicht der gesellschaftlichen Norm entsprachen.» Die Zwangsarbeitsanstalt Realta sei gar eine der ersten Anstalten dieser Art in der Schweiz gewesen. Hingegen sind laut Rietmann kaum genaue Angaben zur Zahl der Fremdplatzierungen von Minderjährigen in Heimen oder bei Pflegefamilien zu erwarten. Da bestehe ein «grosser Graubereich», da längst nicht alle Fälle protokolliert worden seien.

Es waren keine Einzelschicksale

Trotz der Gewissheit, nicht allen Fällen im einzelnen gerecht zu werden, ist die Historikerin von der Bedeutung des Auftrags überzeugt: «Für die Betroffenen und die Gesellschaft ist es wichtig, zu wissen, dass es sich nicht um einzelne Schicksale handelte. Fürsorgerrische Zwangsmassnahmen waren Teil eines Systems, das die persönlichen Freiheitsrechte Einzelner massiv verletzte.» Fakten können helfen, diesen Teil der schweizerischen Sozialgeschichte besser zu verstehen.

Hamilton toppt den Umsatzrekord

Trotz schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen übertraf die Hamilton-Gruppe den im Vorjahr erzielten Umsatzrekord noch einmal deutlich.

GESCHÄFTSBERICHT Das am 30. November Ende gegangene Geschäftsjahr 2015 war in F auf die Rahmenbedingungen eines der schwierigsten in der bald 50-jährigen Geschichte der Bonner Hamilton Gruppe. Umso erfreuter sind die Verantwortlichen laut einer Mitteilung, dass die folgte Vorwärtsstrategie auch 2015 den erwünschten Erfolg gebracht hat. Die Hamilton Medic wuchs im abgelaufenen Geschäftsjahr um 10 Prozent, die Hamilton Bonaduz AG um acht Prozent, wodurch die Hamilton-Gruppe den Umsatzrekord des Vorjahres noch einmal steigern konnte.

Den Erfolg verdankt das Unternehmen der hervorragenden Mitarbeitern und der aggressiven Wachstumsstrategie, wie Andreas Wieland, Hamilton-CEO seit 14 Jahren, in der Mitteilung zu wird. Auch Hamilton haben die Auswirkungen überbewerteten Frankens und Währungseinheiten in Südostasien zu schaffen gemacht. Aber hoher Innovationskraft gelang es, den konkurrenz Markanteile zu entreissen und das Geschäftsvolumen zu steigern.

Trotz Produktionsverlagerungen nach Rumänien konnten im laufenden Jahr wieder zahlreiche neue Mitarbeitende in Graubünden eingestellt werden. In Malans wurde das Unternehmen Hamilton Storage Technology GmbH gegründet, das bis schon 40 Mitarbeitende zählt. Aktuell arbeiten Unternehmen zudem an der Planung einer neuen Fabrik, der Hamilton Ems AG, auf dem ehemaligen Sägereiareal in Domat/Ems (im BT). Hamilton ist küssiert auf die Kernbereiche Robotik, Beatmung und Sensorik. Das Wachstum entstammt gemäss der Mitteilung allen Kernbereichen. (BT)



Erfolgreich: Die Hamilton-Gruppe, hier der Firmensitz in Bonaduz, weist positive Zahlen aus.

KURZ GEMELDET

Initiative «Stoffel-Millionen» Der Bericht «Stoffel wehrt sich gegen Initiative» gestern im BT bedingt einer Präzisierung: Die von der Bürger-Initiative geforderten sechs Millionen Franken, die der Investor Remo Stoffel der Gemeinde Vals für den Kauf der Therme zu bezahlen hat, werden nicht Ende Monat fällig, sondern innert vier Wochen nach Annahme der Initiative durch die Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat hat sechs Monate Zeit, um die Initiative vor die Gemeindeversammlung zu bringen. Zudem ist der genannte Verzugszins von 200 000 Franken nicht fix, da gemäss dem Initianten nur bis Ende November 2015 ausgerechnet wurde. Der Verzugszins werde ab dem 1. April 2015 bis zur definitiven Zahlung aufgerechnet.

INSERAT

Wir bauen für Sie

Starke Preisreduzierungen auf bekannte Markenmöbel

möbel
stocker
für Möbel & Einrichtungen

2016

Sonntag

13.

Dezember

12.00 - 17.00 Uhr